

# Die Rote Fahne

Zentralorgan der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redaktion: Stadtschreiberstr. 34/35 (Sprache: 5-6 Uhr)  
Telefon: Amt Marienplatz 12579

Erscheint zweimal täglich, Sonntags und Montags einmal.

Expedition und Inseratannahme: Berlin S 14  
Stadtschreiberstr. 34, 35 (Telefon: Marienplatz 12579)

Der Preis beträgt für Groß-Berlin 3 und außerhalb 4 Mark. — Die für den Postweg notwendigen Umschläge sind zu zahlen. — Die für den Postweg notwendigen Umschläge sind zu zahlen. — Die für den Postweg notwendigen Umschläge sind zu zahlen.

Begründet von  
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Abbestellung: Es wird bedungen, daß die Abbestellung der Rote Fahne nur durch schriftliche Mitteilung an die Expedition erfolgen kann. — Die für den Postweg notwendigen Umschläge sind zu zahlen.

## Der Kampf gegen Hörsting und Orgelesch

### Der mitteldeutsche Generalstreik breitet sich aus

### Kampf oder Kuhhandel?

Die 10 Forderungen des A.D.G.B.

#### Die ersten Zusammenstöße mit den Hörstingbanden

Aus Heitvedt (Südharz) geht uns folgendes Telegramm zu:

Die Gemeindebehörden fordern zum Geschäftsbaylott über die Sips auf. Der Streik greift über das Kaltevier hinaus. Marzfeld stellt die Rosslandsarbeiten ein. Das Leunawerk beruft alle Aktionsausschüsse der Industriegruppen für Ende der Woche zusammen zwecks Aufrufs an die Arbeiterschaft im Reich. In Eisen und Heitvedt kam es zu den ersten Zusammenstößen.

#### Der Mansfelder Aktionsausflug

Von den Leunawerken berichtet man bereits, daß eine von mehr als 10 000 Arbeitern besuchte Delegiertenversammlung die Forderungen aufstellte:

1. Sofortige Zurückziehung der Sips und der Militärbesetzung aus Mitteldeutschland.
2. Entlassung der Orgelesch und ihrer Helfershelfer.
3. Bewaffnung der Arbeiterschaft zur Abwehr der konterrevolutionären Anschläge.
4. Bei Besetzung der Werke wird die Arbeit sofort eingestellt.

#### Die sozial-mokratischen Arbeiter Hamburgs gegen die Verdröte politischer Führer

#### Die Vulkanwerft einstimmig für den Kampf

Der Betriebsrat der Hamburger Vulkanwerft überendet uns folgenden Bericht über die getrige Wollerversammlung der Vulkanwerft:

Zu der gegenwärtig hochgepolitisierten Situation und gegen die rapid zunehmende Verelendung der Arbeiterklasse nahm eine Betriebsversammlung der Vulkanwerft Stellung. Die Aktionsausschüsse der U.S.P.D. und S.P.D. erklärten, erst Informationen von ihren Parteien einzuholen.

Folgende Resolution gelangte einstimmig zur Annahme: „Die Verelendung des Proletariats führt zu ihrer letzten Etappe. Alles ist darauf eingestellt, auch die letzten Ertragsschichten für die Arbeiter allmählich abzuwürgen. 50 000 Arbeiter und Arbeiterinnen verdient das Kapitalistengesindel, zu arbeiten, obwohl den Massen alles fehlt, was sie gebrauchen. Die Reaktion ist auf dem Marsche zur Wiedererrichtung der Monarchie. Möge die gesamte Arbeiterschaft aus dem Vorgehen der Monarchisten die Lehre ziehen und zum Schlage ausbrechen, da es sonst zu spät ist und wir als Sklaven behandelt werden. Wir fordern die sofortige Einstellung der Erwerbslosen und nicht weitere Entlassung unserer Kollegen, die sofortige Entlassung der Orgelesch.“

#### Die Einberufung des Dritten Kongresses der Kommunistischen Internationale

(Privattelegramm der „Roten Fahne“)  
Moskau, den 21. März 1921

Als Datum für den Beginn des Dritten Kongresses der Kommunistischen Internationale wurde der 1. Juni 1921, als Ort Moskau festgesetzt.

#### Auch Norwegen für ein Handelsabkommen mit Rußland

Der norwegische Handelsminister Meyer Braun erklärte, daß der Abschluß des russisch-englischen Handelsabkommens alle Hindernisse aus dem Wege geräumt habe, die einem gleichartigen russisch-norwegischen Abkommen sich bisher entgegenstellten. Man folgt nach.

#### Der russisch-türkische Vertrag

Moskau, den 20. März, 1921.  
Die wichtigsten Punkte des türkisch-russischen Vertrages sind folgende:

1. Datum fällt an Georgien. Die Türkei erkennt Georgien die Souveränität unter der Bedingung zu, daß dort die rechtliche und kulturelle Autorität der Muslimanen geachtet und die in Batumi außerdem freien Transitverträge ohne Zoll und Abgaben.

Werden die Forderungen nicht bewilligt, so werden wir sie erzwingen. Dies darf keine Demonstration sein; hinter die muß der Wille zur Tat, die Tat selbst stehen. Es gibt für euch alle nur die Wahl: Kampf oder Sklaverei und Hungertod. Wählt den Kampf!

Die Arbeiter der Vulkanwerke.

So antworten die Arbeiter über die Parteisplaltung hinweg auf die frechen Herausforderungen der Orgeleschbanden und ihrer Helfershelfer, der Hörsting und Konforten.

Siehe da, wie die Pressepolitik der Hörsting und Konforten darauf antworten. Die „Sozialistische Korrespondenz für In- und Ausland“ schreibt in einem Artikel über Schlefien:

Die Parteisplaltung Hörstings gegen Diche und Orgelesch bringt die Anhänger der „Roten Fahne“ aus Stand und Band, während Ungehörige auf dem Spiele steht.

Und die „Politisch-Parlamentarischen Nachrichten“ schreiben über die Polzeikolon in mittel-deutschen Industriegebiet:

„Es handelt sich lediglich um eine polizeiliche Aktion zur Wiederherstellung geordneter Zustände. Die polizeilichen Kommandos sollen haben die strengste Anweisung erhalten, jede Provokation zu vermeiden. Es ist aber auch kein Zweifel daran, daß die mit größter Entschiedenheit gegen Räuber und Spione vorgegangen werden wird, auch gegen diejenigen, die mit ungeschicklichen Mitteln Räuber und Spione in Schutz nehmen.“

Es sieht also wie folgt: Die Wiederherstellung der deutschen Arbeiterkraft ist für die verdrötierten Führer der Sozialdemokratie eine Nebenbedingung, eine bloße Polzeikolon. Die Frage, ob Dorschelstein unter die Füßchen der deutschen oder der polnischen Ausbeuter kommt, ist eine Lebensfrage für sie.

Neue Bergverwaltungen drohen Deutschland von der Entente.

Die Abstimmung in Oberschlesien hat die Frage über das Schicksal der Provinz, so wie wir Kommunisten es voraussetzten, nicht gelöst, sondern erst gestellt.

Die deutsche Bourgeoisie beansprucht die polnische Minderheit für ihre Herrschaft.

Die Entente versucht umgekehrt, die Abstimmung zugunsten Polens zu korrigieren.

Ein neuer Konflikt, eine neue Krise ballt sich zusammen.

Frankreich verlangt bis 23. März eine Milliarde Goldmark auf die 20 Milliarden, die bis 1. Mai zu zahlen sind. Die deutsche Regierung schickt eine Note, in der sie sich außerstande erklärt, die Summe zu bezahlen.

Die Orgeleschregierungen Bayerns und Württembergs erklären offen oder verheimlicht, daß die Konterrevolution ihre Waffen beschlagnahmt. Alle Arbeiter gehen beunruhigt auf Sturm.

In dieser Lage gibt es für die Arbeiterschaft nur eins:

Zusammenstoß über die Köpfe verdröteiter Führer hinweg, solidarischer Kampf mit den Teilen der Arbeiterschaft, die den ersten Anstürmen ausgesetzt sind,

Übergang zum Gegenangriff auf der ganzen Linie!

2. Die Gezeid von Maktisjewan bleibt selbständig unter dem Protektorat der Arbeiterschaft.

3. Die türkischen Schulden an Rußland werden annulliert.

4. Rußland anerkennt als Grenzen für die türkischen Gebiete diejenigen, die im türkischen Nationalrat festgelegt worden sind. Die Schwarze Meer- und Bosphorusfrage bleibt einer Interstaatlichen Konferenz zur Lösung vorbehalten.

Die nationalen Minderheiten in beiden Ländern unterstützen dem Gezeid ihres Aufenthaltslandes. Beide Vertragsparteien verpflichten sich, auf ihrem Gebiet keine Demonstrationen zuzulassen, die den Zorn der anderen Regierung verurteilen, sowie alle feindseligen Streitigkeiten weder Hilfe noch Aufenthalt in ihren Gebieten zu gewähren. Ein Konsular- und Wirtschaftsvertrag ist in Kürze abzuschließen.

Dieses Abkommen beweist zunächst, daß die Kemalisten es verstehen, sich nach verschiedenen Seiten ein Spiel zu halten. Die mittlerweile vollzogene Klärung des von ihnen vordringendsten besetzten Datum zeigt allerdings, daß sie den Vertrag mit Sowjetrußland ernst nehmen und vorläufig jedenfalls die Orientierung nach Paris und London nur soviel vorbereiten, als sie dabei nebenher noch Vorteile zu ziehen vermögen. Die Weltentwicklung ist abzuwarten.

#### Massenkundgebungen in Berlin

In gewaltigen Protestversammlungen demonstrieren geflohen die Berliner Arbeiter gegen die Provokationen der Gegenrevolution. Die Versammlungsberichte sind auf der vierten Seite wiedergegeben.

Aus den Arbeitermassen selbst ist der Ruf nach der revolutionären Einheitsfront gekommen. So ungewöhnlich stark war der Wille zum gemeinsamen solidarisieren Handeln, daß die Stuttgarter Arbeiter, auch viele Sabotageversuchen zum Trotz in allen Teilen des Reiches von Hunderttausenden begeistert aufgenommen wurden. Der Offene Brief der U.S.P.D. war eine bewußte Anknüpfung an diese Massensinnung. Obgleich die Widerstände sich dagegen noch viel intensiver und erbitterter geltend machten, schwoll das Meer der Proletarier noch größer an, das sich für die Durchführung einer Aktion im Sinne des Offenen Briefes einsetzte. Es muß anders werden durch eine Tat! das war der alle beherrschende Grundgedanke. Nicht nur die kommunistische Arbeiterpartei, auch viele erklärte Anhänger der U.S.P.D. und S.P.D. griffen diesen Gedanken auf. Selbst im „Vorwärts“ wurden Stimmen laut, die besagten: so wie bisher kann es nicht weitergehen, wenn das Proletariat nicht von der Wucht der Gezeidnisse jermalm werden soll.

Diese Einstellung der Massen veranlaßt offenbar auch die freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale, dem Gedanken einer proletarischen Massenaktion näher zu treten. Emil Barth hat für jene Kreise, die gegenüber dem Offenen Brief nur Hohn und Spott hatten, die Initiative ergriffen. Er hat mit den drei politischen Parteien und mit den Gewerkschaftsverbänden verhandelt zwecks Einleitung einer Massenaktion gegen das Arbeitslosenleid und für die Schulpeinigung bedürftiger Proletarierkinder. Die schriftlich formulierten Vorschläge Barth's und die Antwort der U.S.P.D. sind im vollen Wortlaut in der „Roten Fahne“ veröffentlicht worden. Wie sich die Sachlage durch die Verhandlungen mit der S.P.D. und U.S.P.D. und mit den Gewerkschaftsführern gestaltete, hat die Öffentlichkeit bis heute nicht erfahren.

Anfangs März hat der A.D.G.B. seine zehn Forderungen der Öffentlichkeit übergeben. Die freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale teilt dazu mit, daß man es hierbei mit dem Ergebnis der von ihr eingeleiteten Verhandlung zu tun habe. Wir haben keinen Zweifel gelassen, daß wir trotz aller Unzulänglichkeiten gegenüber dem A.D.G.B. bereit seien, jede ernsthafteste Aktion zur Durchführung dieser Forderung zu unterstützen.

Was verlangt der A.D.G.B.?  
Der Grundgedanke seiner Forderungen ist, die Arbeitszeit der gesamten Arbeiterschaft muß auf ein solches Maß beschränkt werden, daß es möglich ist, alle Arbeitslosen in den Produktionsprozess einzugliedern. Der dadurch entstehende Lohnausfall soll zu zwei Dritteln von den Unternehmern, dem Reich, und den Ländern aufgebracht werden, während das andere Drittel vorübergehend von den Arbeitern getragen werden soll. Um Arbeitslosigkeit zu schaffen, sollen öffentliche Arbeiten aller Art, namentlich aber die Erneuerung der Verkehrsnetze in Angriff genommen werden. Das Reich soll bei Vergebung der Arbeiten auf die Einhaltung der aus dem obigen Grundsatze sich ergebenden Bedingungen bringen und das Kontrollrecht der Gewerkschaften sicherstellen. Alle Arbeitsaufträge des Reiches, der Länder und der Gemeinden sollen als Notstandsarbeiten erklärt und die Bezahlung der Tariflöhne garantiert werden. Zur Behebung der Mangelnot soll das Reich öffentliches Mittel mit größter Eile bereitstellen. Für die trotz der Durchführung der obigen Forderungen noch verbleibenden Arbeitslosen soll eine weitgehende den Teuerungsverhältnissen entsprechende Erhöhung der laufenden Unterstützungsätze und für die Kinder unentgeltlicher Eltern die Schulpeinigung eingeführt bzw. ausgebaut werden.

Wie man sieht, ist es mehr als bescheiden, was der A.D.G.B. verlangt. Die restlose Durchführung aller Forderungen würde zwar das schreiendste Elend der Arbeitslosen mildern, die Lage des Gesamtproletariats aber nicht bessern, sondern noch weiter verschlechtern. Der A.D.G.B. muß das selbst zugeben und spricht davon, daß die Arbeiter und Angehörigen der entsprechende Lohnausfall nur „vorübergehend“ zugemutet werden könne. Aber auch vom Standpunkt der Arbeitslosen, der mit Recht in den